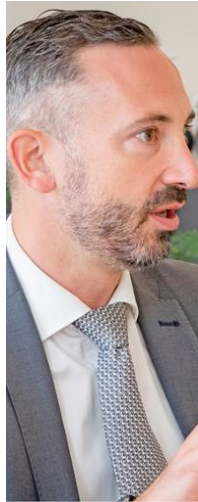


«Was wäre passiert, wenn man eine Person getroffen hätte?»



Staatsrat Frédéric Favre Bilder: pomona.media/zvg



Melanie Biaggi

Die Oberwalliser Politik liegt in den Fragen zur Wolfspolitik weit auseinander. Doch im Fall Termen ist man sich in einer Sache einig.

Wir haben dem zuständigen Staatsrat, den Oberwalliser Parteipräsidentinnen und -präsidenten und Ständerat Beat Rieder zwei Fragen zum Abschuss des Wolfes in Termen gestellt:

Bringen Sie Verständnis für den Schützen oder die Schützin in Termen auf?

Und: Was muss die Politik unternehmen, damit keine Selbstjustiz mehr verübt wird?

Das sind die Antworten:

Frédéric Favre, Staatsrat:

«Es ist jetzt Aufgabe der Staatsanwaltschaft zu klären, ob es sich um einen <Selbstjustizler> handelt, und ob in diesem Fall mildernde Umstände vorliegen.»

Favre räumt weiter ein, dass man die schwierige Situation der Nutztierhalter verstehe. Seitens des Kantons schöpfe man alle Möglichkeiten aus, um die Nutztierhalter im Rahmen des Gesetzes zu unterstützen. So etwa mit der ausserordentlichen finanziellen Hilfe, die man ihnen gerade gewährt habe. «Für die Zukunft habe ich grosse Hoffnungen, dass der Nationalrat dem Ständerat folgt, damit der Wolf endlich präventiv reguliert werden kann.»

Aaron Heinzmann, Präsident Grüne Oberwallis:

Die Grünen Oberwallis verurteilen jegliche Form von Selbstjustiz. Gemäss Parteipräsident Aaron Heinzmann kann man aber die Sorgen der Schäfer nachvollziehen. «Für uns stellt sich hier die Grundsatzfrage: Will man mit oder gegen die Natur leben? Eine Lebensweise mit Rücksicht auf die Natur muss unser Ziel sein. Alles andere ist langfristig nicht tragbar.» Die Grünen stellen sich nicht gegen Abschüsse von verhaltensauffälligen Wölfen, die ohne Scheu ins Siedlungsgebiet eindringen. «Für einen Abschuss braucht es aber klare Richtlinien und natürlich eine Bewilligung.»

Zudem ist ein Ausbau des Herdenschutzes für die Grünen zwingend. Unterstützung erhoffen sich die Grünen von Oppal, einer Organisation für den Schutz der Schweizer Alpbetriebe. Oppal vermittelt Freiwillige an Walliser Alpen mit Personalbedarf. Die meisten Einsätze bestehen darin, nachts Schafherden zu bewachen und nach dem Wolf Ausschau zu halten. «In der Grossratssession wollte das bürgerliche Lager aber von einer finanziellen Unterstützung für die Organisation nichts wissen. Für uns nicht nachvollziehbar», sagt Heinzmann.

Beat Rieder, Ständerat Die Mitte Oberwallis:

Ständerat Beat Rieder sagt, dass er die genauen Umstände in Termen nicht kenne, betont aber: «Ich habe kein Verständnis für einen illegalen Wolfsabschuss. Wir leben immer noch in einem Rechtsstaat.»

Rieder wehrt sich gegen die Vorwürfe, die Politik unternehme nichts. Die Revision des Jagdgesetzes sei damals vom Volk abgelehnt worden und habe eine gute Lösung verhindert. Nun geht der Gesetzesentwurf «Wachsende Wolfsbestände geraten ausser Kontrolle und gefährden ohne die Möglichkeit zur Regulierung die Landwirtschaft», der vergangene Woche vom Ständerat mit 31 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen wurde, an den Nationalrat. «Ich hoffe, dass dieser die Vorlage ohne grosse Änderungen annimmt. Denn so hätten wir Anfang nächstes Jahr ein Gesetz, das wirklich etwas bringt», sagt Rieder.

Nicole Luggen, Präsidentin FDPO:

Verständnis für den Schützen oder die Schützin in Termen hat Nicole Luggen nicht. «Ich lehne ganz klar jegliche Selbstjustiz ab. Wir leben in einem Rechtsstaat und müssen unsere Gesetze akzeptieren. Weiss man, wer der Schütze war? Ein Jäger, ein Schäfer? Was wäre passiert, wenn man den Wolf verfehlt und eine Person getroffen hätte?»

Problemwölfe sollen gemäss Luggen einfacher abgeschossen werden können. Und es brauche genügend Geld für den Herdenschutz.

Romano Amacker, Präsident SVPO:

Bilder von gerissenen Schafen machen Romano Amacker betroffen. «Die Bauernfamilien kümmern sich mit viel Herzblut und Leidenschaft um ihre Tiere. Der Wolf ist eine existenzielle Bedrohung für unsere Landwirtschaft.» Der tote Wolf in Termen sei Ausdruck von Ohnmacht, von Hilflosigkeit. Offenbar habe man sich nicht anders zu helfen gewusst.

Jetzt brauche es vor allem Mut und ein entschlossenes Vorgehen, ist Romano Amacker überzeugt. Es müsse möglich werden, Wölfe proaktiv, bevor sie Schaden anrichten würden, abzuschliessen. Die SVPO habe bekanntlich im Grossen Rat ein Pilotprojekt mit der Bezeichnung «tir de defense» (Verteidigungsschuss) verlangt. Und der Grosse Rat habe der Forderung klar zugestimmt.

Franziska Biner, Präsidentin Die Mitte Oberwallis:

«Die Ohnmacht der Nutztierhalter im Oberwallis beelendet uns», sagt Franziska Biner. Der Wolf sei auf Bundesebene zwar ein geschütztes Tier, sei aber nicht vom Aussterben bedroht. «Aber er bedroht die Berglandwirtschaft. Es ist eine unhaltbare Situation.»

Die Politiker der Mitte Oberwallis seien seit Jahren bemüht, in der Wolfspolitik etwas zu bewegen. «Aber solange andere Kantone und vornehmlich die Linken sich nicht solidarisch mit dem Wallis zeigen, können wir nicht mehr ausrichten.» Das sei frustrierend.

Claudia Alpiger, Co-Präsidentin SPO:

«Wir verstehen, dass es für Züchter und Züchterinnen sehr frustrierend sein kann und es emotional berührt, getötete und verletzte Tiere aufzufinden», sagt Claudia Alpiger. Wenn es sich in Termen aber tatsächlich um Selbstjustiz handle, sei das zu verurteilen. «Selbstjustiz ist nie eine Lösung.»

Da es noch unklar sei, ob es sich wirklich um Selbstjustiz handle, gebe es seitens Politik keinen Handlungsbedarf. Es sei nun die Aufgabe von Bundesbern, mit den Bestimmungen für die Regulierung vorwärtszumachen. «Im Zusammenhang mit der von der SVP geforderten <tir de défense>-Strategie zeigen diese Vorkommnisse auf, dass diese Strategie nicht ganz unbedenklich ist», betont Alpiger.

Marie-Claude Schöpfer, Präsidentin CSPO:

«Der illegale Abschuss in Termen verdeutlicht prägnant das kollektive Versagen der Politik, die sich seit Jahren mit stets neuen, teils hoch populistischen Vorstössen die Zähne am Wolf ausbeisst, ohne substanziell auf der Ebene der Schaffung von gesetzlichem Spielraum auch nur einen einzigen Millimeter vorwärtszukommen», sagt Marie-Claude Schöpfer. Es verdeutliche aber auch die Mängel und Versäumnisse der zuständigen Behörden, die sich lieber um die rigide Umsetzung von Paragrafen und Vorschriften kümmern als um die Kommunikation und Interaktion mit den betroffenen Menschen sowie deren Unterstützung.

«Der zielführendste, Abhilfe schaffende Hebel ist in Bundesbern anzusetzen, indem das eidgenössische Jagdgesetz in mehreren Punkten rasch substanziell angepasst wird.» Es sei ein vordringliches Anliegen, dass die Kantone in Eigenregie und ohne grossartiges behördliches Cabaret eine proaktive Regulierung der Rudel vornehmen könnten. «Vermutlich werden aber etliche Parlamentarier aus den Stadtkantonen erst zur Einsicht gelangen, wenn sich die Wölfe bis in die Vorgärten ihrer Siedlungen vorgewagt haben werden.»